

Von Schuld und Sühne und Buße: Uli for President!

Nun wird er also heute zurückkehren auf die große Bühne: Uli Hoeneß, ein Mann, der für und mit dem Fußball lebt, wie kaum ein anderer. Ein Manager, der hoch geflogen und brutal abgestürzt ist. Ein Steuerhinterzieher, der mit hunderten Millionen Euro jonglierte, und in Landsberg in einer Zelle einsitzen musste. Heute werden ihn die Mitglieder des FC Bayern München, daran besteht kein ernsthafter Zweifel, wieder zu ihrem Präsidenten wählen. Das ist absehbar in Zeiten, in denen bei der SPD ein Martin Schulz schon mal ankündigt, dass er demnächst Spitzenkandidat in NRW sein wird, ohne dass ihn irgend ein Gremium gewählt hat. Sei's drum...

Uli Hoeneß ist, und um das zu sagen, muss man wirklich kein Bayern-Fan sein, Deutschlands erfolgreichster Fußballmanager. Dass der FCB seit Jahrzehnten den deutschen Fußballsport dominiert, ist auch guten Trainern und Spielern geschuldet, aber in erster Linie Uli Hoeneß. Er hatte die Vision vom globalen Marketing, er suchte die richtigen Leute aus, er grantelte unüberhörbar, wenn ihm was nicht passte in der Liga, und er schaffte die Millionen ran. Viele Millionen. Der FC Bayern als einer, wenn nicht der, erfolgreichste Proficlub der Welt, ist sein Werk.

Und nun kommen wieder die Miese peter. Heute Morgen konnte man sie im Radio hören, warum es „für den Fußball“ besser sei, wenn „so ein Mann“ nicht wieder Bayern-Präsident werde. Jesus Christus ist immer für Barmherzigkeit eingetreten, WDR-Zuhörer und Moderatoren mit ihren dümmlichen Comedy-Späßchen sind nicht barmherzig. Betrachten wir es mal ganz nüchtern: Hoeneß hat etwas Verbotenes getan, ist erwischt und angeklagt worden, und er hat seine Strafe abgesessen. In einer Zelle. Und das ist es dann auch schon. Warum um alles in der Welt soll ein Mann, der alles zugegeben, den entstandenen Schaden beglichen und seine Strafe abgesessen hat, nicht Bayern-Präsident werden?

Der Judenhass ist zurück - und alle gucken zu (betroffen natürlich)

„Die Juden brennen“ - es gibt so einen Hashtag tatsächlich im Netz angesichts der verheerenden Brände in Israel vergangene Nacht, die man wohl jetzt schon als eine neue Art des palästinensischen (sprich: islamistischen) Terrors werten kann. „Jaaaa“ feut sich einer, und ein anderer hoft „hoffentlich brennt es immer“. Und ein anderer geht sicher davon aus, dass Allah selbst das große Feuer angezündet hat. Es sind Leute, die hier in Deutschland leben, und die mit Foto und Klarnamen solchen menschenverachtenden Hass auf Facebook-Seiten muslimischer Gruppen schreiben. Von Bundesjustizminister Maas und Stasi-Kahane habe ich noch keine Betroffenheitsbekundungen vernommen. Aber sicher kommt das noch. Und Frau Ministerin Schwesig, die stolz darauf ist, 100 Millionen Euro im Bundeshaushalt für den „Kampf gegen Rechts“ mobilisiert zu haben - was unternimmt

sie denn im Kampf gegen den grassierenden Antisemitismus? Judenhass wächst rasant in unserer Gesellschaft, in Deutschland. Im Jahr 2016. Und alle schauen einfach nur zu. #hatespeech-Kampagnen - wo sind denn all diese „Helden“ heute? Und was sind da für Menschen auf vielerlei Wegen zu uns gekommen, die sich unverhohlen freuen und feixen, „wenn Juden brennen“?

Wenn der Kampf gegen Terror zum Kasperletheater verkommt

In diesem Land gibt es Sachen, die so abstrus sind, dass man sich die gar nicht ausdenken könnte. Zum Beispiel die Geschichte, die Polizei-Gewerkschafter Rainer Wendt gestern Abend erzählte. Von der Videoanlage in Bonn, die bei der Aufklärung eines Gott sei Dank misslungenen terroristischen Anschlages auf den Hauptbahnhof eine entscheidende Rolle spielte. Und die nun abgebaut wurde, weil wir den Datenschutz beachten müssen und nicht einfach Leute filmen dürfen, die andere in die Luft sprengen wollen. In die gleiche Kategorie gehört Aydan Özoguz. Sie ist SPD-Politikerin bekleidet das schöne Amt einer Migrationsbeauftragten der Bundesregierung. Und Frau Özoguz nimmt ihren Job ernst. o.k., bisher ist sie mir nicht aufgefallen, dass sie die ständigen Übergriffe von jungen Männern (sprich: mit Migrationshintergrund) auf Kinder in unseren Freibädern angesprochen hat. Oder die herumlungern den jungen Männer in städtischen Parks, die volltrunken harmlose Fußgängerinnen beleidigen und belästigen. Nein, Frau Özoguz hat sich einem anderen Thema zugewendet. Als Bundesinnenminister Thomas de Maiziére (CDU) erfreulicher und notwendiger Weise jetzt 200 Wohnungen und Moscheen in ganz Deutschland durchsuchen und Beweismittel sicherstellen ließ, um der realen Gefahr terroristischer Aktivitäten Einhalt zu gebieten, war die wackere Migrationsbeauftragte zur Stelle. Sie mahnte „Augenmaß“ beim Kampf gegen Terroristen an und beklagte, dass so eine Hausdurchsuchung „Spuren bei Menschen“ hinterlasse, und sie meinte da möglicherweise andere Spuren, als die Terrorfahnder sich erhofften.

Rund 200 Objekte wurden in Deutschland durchsucht, und zwar rechtsstaatlich absolut sauber. Für jede einzelne Wohnung und jedes einzelne Gebäude wurde eine richterliche Durchsuchungsanordnung erwirkt. Ordnung muss sein in Deutschland. Da tritt man nicht mal morgens die Türen ein, sondern da arbeiten Juristen monatelang vor, damit alles seine Ordnung hat. Und dann kommt diese Frau Özoguz... Rainer Wendt, streitbarer Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft sagte gestern in einem Interview alles, was man zu dieser Frau antworten muss: „Die schwätzt einfach nur dummes Zeug daher...“

Ein kleiner Satz, der am Morgen bei mir Wohlgefallen auslöste

Trotz meiner seit langem anwachsenden Abneigung gegen den öffentlich-rechtlichen Staatsfunk in Deutschland, höre ich an jedem Morgen WDR 2, wenn ich mit dem Auto unterwegs bin, um unsere Kinder zur Schule zu bringen. Die Musik gefällt mir, die Nachrichten sind in der Regel seriös und informativ, die Verkehrshinweise zuverlässig und wenn zwischendurch ein Witzeerzähler, die man heute ja in Deutschland „Komidiän“ nennt, zwei Minuten geistlose und absolut unwitzige Flachheiten erzählt, schalte ich halt auf einen anderen Sender. Heute Morgen hatte ich jedoch ein positives öffentlich-rechtliches Erlebnis. Beim Moderatorenengespräch über US-Präsident Obamas Abschiedsbesuch in Deutschland fragte der Moderator, ob das persönliche Verhältnis zwischen Obama und Bundeskanzlerin Merkel in den gemeinsamen acht Jahren als Regierungschefs zweier der wichtigsten Länder dieser Welt eng und vertrauensvoll gewesen sei. Und der WDR-Experte für Amerika sagte tatsächlich: „Das weiß ich nicht.“ Hammer, oder? Das weiß ich nicht... einfach so.

Manch einer wird jetzt denken: Was ist denn an diesem Satz so besonders? Er weiß es halt nicht. So, wie sich die Königshaus-Berichterstatter der billigen, bunten Frauenzeitschriften Woche für Woche für Millionen Leserinnen etwas ausdenken müssen, um ihre Kundschaft zufriedenzustellen. Die Pressestelle im Buckingham-Palastes in London wird nicht dafür bezahlt, Informationen rauszugeben, sondern zu verhindern, dass die Leute erfahren, wie es wirklich so zugeht bei den Windsors. Und so schaut man sich in den Redaktionen an, was die Paparazzis so liefern und erfindet dann frei Geschichten dazu über Ehekrisen, vermeintliche Schwangerschaften und Saufgelage im Palast. Genau genommen ist DAS die wahre Lügenpresse.

Aber zurück zum Westdeutschen Rundfunk. Da gibt also ein Reporter auf die Frage des Moderators zu, dass er die Frage objektiv gar nicht beantworten kann. Staaten haben keine Freundschaften, sie haben Beziehungen und – außer Deutschland manchmal – echte Interessen, die sie vertreten. Woher soll ein Journalist wissen, was Obama und Merkel wirklich voneinander halten? Klar, die sehen sich, die umarmen sich, sie schauen mit ernster Miene auf die flutternden Nationalfahnen und stellen sich zum Gruppenfoto bei internationalen Konferenzen auf. Aber ein persönliches Verhältnis? Empathie gar? Merkel? Unwahrscheinlich...

Ich finde, Reporter sollten immer ehrlich sein und auch zugeben, wenn sie mal etwas nicht wissen. Das ist menschlich. Ich will keine Gestalten sehen wie diesen ARD-Korrespondenten, der nach dem Terroranschlag in einem Regionalzug nahe Würzburg einem Millionenpublikum mitteilte, was er eine Stunde vorher beim Bäcker an Gesprächen aufgefangen hat. Ich will Fakten, Fakten, Fakten! So, wie der großartige Kollege Helmut Markwort das als Focus-Chefredakteur mal öffentlichkeitswirksam formuliert hat. Und wenn mann nichts weiß, dann weiß man halt nichts.

Berlin-Steglitz, wo man den Kampf gegen Extremismus ernst nimmt...

Abseits von der großen Politik gibt es auch erstaunliche Vorgänge in der kleinen Politik, die einer Betrachtung würdig sind. Zum Beispiel im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf. Dort war die umstrittene Franziska Drohsel vergangene Woche gescheitert, als sie sich für die SPD um die Position einer Bezirksstadträtin bewarb. Drohsel, Drohsel...da war doch was... Ja, die gebürtige Berlinerin war mal Bundesvorsitzende der Jusos, der Jugendorganisation der SPD. Das ist aber nicht der einzige Verein, in dem sie sich engagiert, sondern zum Beispiel auch in der linksextremen „Gefangenenhilfsorganisation Rote Hilfe“, die sich um Unterstützung und Weißwaschung von Linksradiكالen aller Art verdient macht, denen Straftaten vorgeworfen werden. Die übrigens auch vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Und weil Bundesjustizminister Heiko Maas (auch SPD) ja immer wieder eindringlich mahnt, Extremisten in unserer Gesellschaft keine Chance zu geben, fasste sich Torsten Hippe, Fraktionsvorsitzender der CDU in der Bezirksverordnetenvertretung (BVV), ein Herz. Er organisierte eine Mehrheit aus CDU, FDP und AfD (und zwei weitere unbekannte Stimmen aus dem linken Lager) gegen Frau Drohsel, nicht ohne vorher noch klarzustellen, dass die SPD-Kandidatin ein „Sicherheitsrisiko“ sei und „für ein Staatsamt ungeeignet“.

Dass es sowas heute noch gibt und ausgerechnet in der Metropole Berlin... Der Herr Hippe traut sich was, und wahrscheinlich muss er nun mit dem Schlimmsten rechnen, zum Beispiel einem Anruf von Generalsekretär Peter Tauber. Aber wenn es gegen Extremismus geht, und Linkspopulisten gehören nun einmal dazu, müssen alle zusammenstehen. Frau Drohsel hat gestern Abend ihre Kandidatur endgültig zurückgezogen. Am 14. Dezember wird nochmal gewählt...

Auf ein Wort, Kollege Farhi!

Paul Farhi (58) ist Medienredakteur bei der renommierten amerikanischen Tageszeitung „Washington Post“. Im aktuellen „Spiegel“ spricht er über den gewählten Präsidenten Donald Trump und die eigene Verwunderung darüber, dass dieser Mann ins Weiße Haus einzieht. Farhi sagt: „Die Leute wussten um seinen fragwürdigen Charakter; sie wussten, dass vieles von dem, was er sagt, gelogen ist - und haben ihn dennoch gewählt.“ Nun, ich weiß nicht, ob die Leute das wirklich wussten. Und ich weiß auch nicht, ob Trump einen „fragwürdigen Charakter“ hat. Ich kenne ihn nicht persönlich, wie der Kollege Farhi anscheinend. Aber wenn man diesen Maßstab anlegt, dann müsste man auch Bundesjustizminister, die frühere Stasi-Spitzel als Meinungswächter in Deutschland fördern, oder Regierungschefinnen, die mit

einem unkontrollierten Zustrom von Hunderttausenden aus einem fremden Kulturkreis in unser Land für eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit gesorgt haben, als „fragwürdige Charaktere“ bezeichnen.

Aber, lieber Kollege Farhi, ich vermisse in Ihrem Interview einen Aspekt. Wenn also Trump so unberechenbar ist, so aufbrausend und so ein fragwürdiger Charakter – und ihn die Menschen dennoch wählen: spricht das nicht dafür, dass die bisherige Politische Elite in Washington und ihre Politik als noch unberechenbarer, aufbrausender und fragwürdiger angesehen werden? Vielleicht wissen sie wirklich, dass Trump fragwürdig ist. Und vielleicht wissen sie überhaupt nicht, was Trump als Präsident anrichten wird. Aber wenn es den Wählern dennoch egal ist, wenn sie alles hinnehmen, wenn nur das bisherige Polit-Establishment endlich abgewählt wird, dann ist das etwas, über das ihr euch mal bei der traditionsreichen „Post“ Gedanken machen solltet!

Kleine Wahl-Nachlese

Wenn einen Tag nach einer Wahl, bei der keiner bisher weiß, was der Gewählte tun wird, Straßen blockiert, demonstriert und Mülltonnen angezündet werden...

Wenn in den deutschen Fernsehnachrichten jeder, wirklich jeder der Mitarbeiter und Berater des Gewählten als „rechts“ oder „christlicher Rechter“ bezeichnet wird...

Wenn in den sozialen Netzwerken Fotos von weinenden Teenagern zu sehen sind, die sich vor dem kurz bevorstehenden dritten Weltkrieg fürchten...

dann, ja dann, bin ich endgültig überzeugt, dass die Bildungskatastrophe weit schlimmere Ausmaße angenommen hat, als selbst ich befürchtet habe...

Die Deutungs-Akrobaten von einst scheinen vom Fieber geplagt

Die Zeit, als die „Rheinische Post“ noch als Zeitung für Christliches und Kultur galt, liegt schon eine Weile zurück. Eine Zeitung muss ja auch nicht unbedingt ihrer Linie treu bleiben. Macht die CDU als Partei ja auch nicht und hat es mit ihrer famosen „Modernisierung“ bei den beiden letzten Landtagswahlen locker unter 20 Prozent geschafft. Eine Leistung für eine Volkspartei, die noch vor gut drei Jahren bei der Bundestagswahl nur fünf Sitze (zusammen mit der CSU) an der absoluten Mehrheit

im Deutschen Bundestag vorbeischrämte. Ja, die guten alten Zeiten sind auch nicht mehr das, was sie mal waren. Wir schaffen das...oder so.

In der - lange Jahre von mir sehr geschätzten - Rheinischen Post durfte nun irgendjemand einen Kommentar schreiben, der zumindest in der online-Ausgabe nicht mit Namen genannt wird. „Über Verfolgungswahn“ ist der, sagen wir, „Text“ überschrieben, in dem der/die Namenlose eine Veranstaltung des „Konservativen Kreises“ der CDU in Krefeld runterschreibt - ein Kreis, wie er in Angelas Partei derzeit allerorten in Deutschland entsteht. Von einer „Litanei“ der beiden eingeladenen Publizistinnen Vera Lengsfeld und Birgit Kelle wird da geschwafelt und - ganz schlimm - dass die beiden Frauen mit ihrer Arbeit auch noch Geld verdienen. So als arbeite man bei der Rheinischen Post für Gottes Lohn und einmal im Monat eine Freikarte ins Jugendkulturzentrum. Das schöne an dem an Dämlichkeit kaum zu überbietenden Kommentar ([hier](#)) ist, dass man hier an der distanzlosen Betrachtung des Themas durch den/die/das Autor_ *In merkt, wie sehr die derzeit in vielen Staaten der westlichen Welt spürbaren politischen Veränderungen manchen Medienschaffenden missfallen, die immer angenommen haben, sie selbst hätten die Deutungshoheit über den Gang der Geschichte und seien das Maß der Dinge. Schön beobachten konnte man das auch gestern, als am frühen Morgen klar wurde, dass der 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Donald Trump heißen würde. Ich hätte - wäre ich Ami - weder Trump noch Clinton gewählt, aber die Gesichter der öffentlich-rechtlichen Kabaret... äh, Kommentatoren im Fernsehen waren ein echter Spaß. So wie der RP-Kommentar. „soll sie doch ihr Frauenbild propagieren - mal sehen, wie viele Frauen ihr folgen“ schreibt der/die/das Ahnungslose in der RP über meine Frau Birgit Kelle. Mal reinschauen beim Statistischen Bundesamt, möchte man da empfehlen. Weit mehr als 70 Prozent - offizielle Zahlen - der Kinder in Deutschland wachsen auch heute noch bei ihren immer noch verheirateten Eltern auf. 65 Prozent der Familien (meistens die Frauen) erziehen in den ersten beiden Lebensjahren ihre Kinder selbst und zu Hause. Könnten möglicherweise eine Menge Frauen sein, die da gern folgen. Muss man aber nicht. In einer freien Gesellschaft sollte aber jeder und jede selbst entscheiden, welchen Weg er oder sie einschlägt. Freiheit ist wertvoll und für Deutungs-Akrobaten schwer erträglich. Aber die Deutungshoheit von Herrschaften in manchen Medien, die ganz hipp sein wollen, und Damschaften, die immer noch glauben, sie könnten in diesem Land entscheiden, wie Frauen leben dürfen und was sie glücklich machen muss, was sie sagen dürfen und ob sie damit sogar ein bescheidenes Einkommen erwirtschaften dürfen, die ist definitiv vorbei. Gut so!

Jetzt wächst zusammen, was leider inzwischen zusammen gehört

Wundert das jemanden? In der ARD-Sendung von Frau Maischberger spricht sich Deutschlands populärster Grüner, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, für eine erneute

Kanzlerkandidatur Angela Merkels aus. Die ist aber von der CDU. Es gab Zeiten, da hätte es in beiden Parteien nach so einer Aussage einen Aufschrei gegeben. Heute nicht mehr. Nun wächst zusammen, was zusammen gehört. Die Union, die über Jahrzehnte die Geschicke der Bundesrepublik bestens geführt hat, ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Ihr Programm heißt Angela...und sonst ist da nichts mehr, seit die Partei im Zuge ihrer dummlichen Modernisierungs-Bemühungen fast jeden politischen Schwachsinn der Öko-Partei kampflos übernommen hat. Warum also sollen Schwarze und Grüne nächstes Jahr nicht koalieren? Vielleicht - rechnerisch wird es allein nicht reichen - steigt die SPD auch noch mit ins Koalitionsboot, um Merkel im Amt zu halten. Und die FDP? Frau Wagenknecht von der Linken? Ja, sie würden alle mitmachen, da habe ich keinen Zweifel. Und auf diese Weise schaffen sie gleichzeitig ein gigantisches Konjunkturprogramm... für die AfD.

Die Nato sendet eine Botschaft an den Kreml - zurückhaltend und klug

Das „Morning Briefing“ des Handelsblattes kommt immer passend per Mail zum Morgenkaffee bei mir und vielen anderen Lesern der Zeitung an. Chefredakteur Gabor Steingart schreibt immer ein paar Zeilen zu den wichtigen Themen des Tages, und in der Regel ist es geistreich, was er zu Papier bringt. Heute war das nicht so. Zur angekündigten Verlegung von insgesamt 4.000 Nato-Soldaten in die baltischen Staaten und nach Polen schreibt Steingart:

„Die Nato hat gestern beschlossen, 4.000 zusätzliche Soldaten in Osteuropa zu stationieren. Mit dieser so genannten „Vornepräsenz“ will man Putin beeindrucken. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Der Mann kennt offenbar nicht die Größe des Moskauer Militärapparats (etwa eine Million aktive Soldaten; 2,3 Millionen Reservisten) und versteht wenig von der Psyche der Russen.“

Ganz davon abgesehen, dass sich das westliche Verteidigungsbündnis bei Erfüllung ihrer Aufgabe keineswegs daran orientieren sollte, ob die russische Psyche gerade wohlgestimmt ist oder nicht, ist die Überlegung des Kollegen Steingart Milchmädchen-Strategie. Wer die Erklärung der Nato zu der Truppen-Verlegung gelesen hat, der sollte wissen, dass die Nato keineswegs vorhat, Putins Millionenheer mit 4.000 Soldaten im Ernstfall quasi zurückzuschlagen. Der Handelsblatt-Chef - bei allem Respekt - sollte bemerkt haben, dass die Maßnahme überaus klug ist. Denn das Bündnis verlegt, zunächst zeitlich begrenzt, multinationale Kontingente ins Baltikum und Polen. Soldaten aus Großbritannien, Frankreich, Deutschland und den USA - militärisch ein anderes Kaliber als die zwar stolzen und freiheitsliebenden Kleinstaaten Litauen, Lettland und Estland. Und auch Polen. Ein russischer Angriff auf diese Soldaten wäre de facto ein Angriff auf diese - unsere - Länder, darunter drei Atommächte. Würde Putin das wagen? Die Nato ist etwas anderes als die völkerrechtswidrige Einverleibung der Krim. Tatsächlich ist

die Entscheidung der Nato strategisch klug, vom Umfang her äußerst zurückhaltend und alles andere als ein kriegerischer Akt. Es ist nichts weiter als eine Botschaft an den Kreml, eine Grußkarte sozusagen. Liebesgrüße nach Moskau.